

Streit um Ärztemangel geht in eine neue Runde

Grün-Rot kündigt Maßnahmenbündel gegen Unterversorgung an, doch zunächst ist der Bund am Zug

Noch gibt es genügend Ärzte, doch auch die neue Landesregierung warnt vor Nachwuchsmangel. Bei den Gegenmaßnahmen knüpft sie am Programm der Vorgängerregierung an: Der Landarztberuf soll attraktiver werden.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Wer im Südschwarzwald einen Hausarzt sucht, braucht Glück, denn Mediziner im ländlichen Raum sind rar. Viele Absolventen heuern lieber bei der Pharmabranche an, als sich mit Budgets und Wochenendiensten herumzuschlagen.

Auch die Wirtschaft wird auf den Missstand aufmerksam, denn in Zeiten des Fachkräftebedarfs sind gerade ländliche Mittelständler auf eine solide Infrastruktur angewiesen. „Wir wollen wieder einen Arzt am Ort haben, denn unserer geht in fünf Jahren“, gab kurz vor der Landtagswahl der Vorstandschef von ebm-papst, Hans-Jochen Beilke, seinem Gast Nils Schmid mit auf den Weg. Der heutige Wirtschafts- und Finanzminister hatte sich nach den Sorgen des Unternehmens erkundigt.

Vor diesem Hintergrund mutet der Dauerstreit um eine Unter- oder Überversorgung mit Medizinern fast schon grotesk an. „In Baden-Württemberg ist die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten auf hohem Niveau gesichert“, verkündet jetzt die AOK mit Blick auf ihren neuen Ärzteatlas. Eine Auswertung der statistischen Daten ergebe eher eine Über- als eine Unterversorgung, so das Fazit der Kasse.

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KV) hält wie üblich tapfer dagegen: „Die Bedarfsplanung ist völlig veraltet, es gehen mehr Ärzte als neue hinzukom-

men“, sagt Sprecher Kai Sonntag. Das Argument der Kassen, man müsse die vorhandenen Mediziner einfach besser zwischen Städten und Dörfern verteilen, greife zu kurz: „Wir haben ein Nachwuchsproblem, Arztpraxen kann man nicht einfach verteilen.“

Dieser Streit schwelt nun schon seit Jahren, und er rührt auch daher, dass die Kassen gern mit statistischen Durchschnittswerten operieren – Werte, die keinesfalls die kleinräumige regionale Wirklichkeit widerspiegeln. So ist die Ärztedichte innerhalb eines Landkreises äußerst heterogen: Während die Mediziner in der Kreisstadt oft in Sichtweite voneinander praktizieren, fehlen sie im 20 Kilometer entfernten Dorf nicht selten ganz.

Bereits die alte schwarz-gelbe Landesregierung hat darauf im vergangenen November mit einem Zehn-Punkte-Programm reagiert. So sollen zum Beispiel Medizinstudenten finanziell unterstützt werden, die ihr praktisches Jahr in einer niedergelassenen Allgemeinarztpraxis absolvieren.

AOK: Versorgung mit niedergelassenen Ärzten auf hohem Niveau gesichert

Auch bessere Kinderbetreuungsangebote für junge Ärzte oder die Einrichtung von Gesundheitszentren gehört zu dem Maßnahmenbündel, mit dem die Versorgung gesichert werden soll.

Die neue grün-rote Landesregierung knüpft im wesentlichen an dieses Konzept an. Mit einem radikalen Kurswechsel ist nicht zu rechnen – zumal es ohnehin kein Patentrezept gegen den drohenden Ärztemangel gibt. „Der zunehmenden Unterversorgung vor allem im ländlichen Raum wollen

wir mit gezielten Maßnahmenbündeln entgegenwirken“, heißt es dazu in der Koalitionsvereinbarung.

Regionale Notfallpraxen, die mit Krankenhäusern kooperieren, sollen etwa für besser geregelte Arbeitszeiten für Landärzte sorgen. Auch der Stellenwert des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen solle größer werden, heißt es weiter: „Wir werden daher an allen medizinischen Fakultäten des Landes Lehrstühle für Allgemeinmedizin einrichten.“

Die Kassenärztliche Vereinigung hat dazu ebenfalls ein Konzept erarbeitet. Daraus sticht besonders der Plan hervor, in einigen Modellkreisen sogenannte Regiopraxen einzurichten, an denen Ärzte eine Anstellung finden können. „Im nächsten Jahr werden wir in jedem Regierungsbezirk eine solche Praxis einrichten“, sagt KV-Sprecher Sonntag. Eine erste Auswahl der Landkreise sei bereits getroffen.

Doch Fachleute sind sich einig, dass auch die Planung des Ärztebedarfs reformiert werden muss, um dem Problem Herr zu werden. Sie muss kleinräumiger und flexibler werden. Ebendies beabsichtigt ein von Schwarz-Gelb in Berlin vorgelegtes Eckpunktepapier, das derzeit diskutiert wird. Bisher entsprechen die Planungsbereiche im wesentlichen den Kreisen, von diesem Korsett will die Politik weg. Doch bei dieser Bedarfsermittlung wollen die Länder stärker mitreden, als dem Bund lieb ist – wegen dieses Streits kommt das sogenannte Versorgungsgesetz derzeit nicht voran.

Auch die neue grün-rote Landesregierung will sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu vieldeutig: „Richtige Impulse der Bund-Länder-Kommission zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung werden wir aufnehmen.“